

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

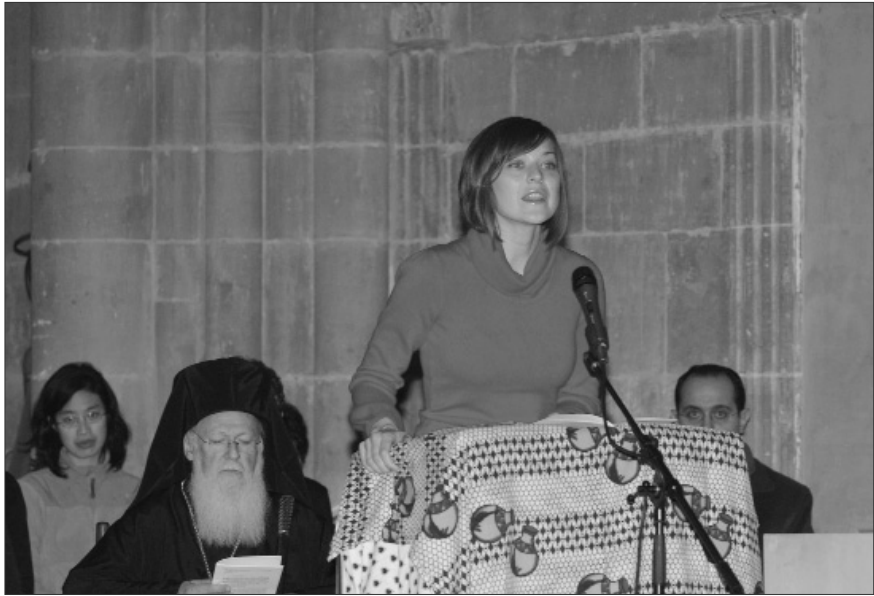


Photo: © WCC/Peter Williams

Vor sechzig Jahren wurde der Oekumenische Rat der Kirchen gegründet. Ein Gedenkgottesdienst in Genf erinnerte heuer daran. Die junge Theologin Robyn war beteiligt, der orthodoxe ökumenische Patriarch Bartholomäus hielt die Predigt.

Orthodoxe: „Grüner Patriarch“ warnt vor Gier

Bartholomäus I., der Oekumenische Patriarch und Ehrenoberhaupt der meisten orthodoxen Christen und Christinnen, mit Sitz in Istanbul, dem ehemaligen Konstantinopel, hat der heutigen Menschheit vorgeworfen, Gottes Gebot, die Schöpfung zu erhalten, gebrochen zu haben und so die Welt in eine ökologische Katastrophe zu stürzen.

In einer Erklärung vom 5. Juni heißt es, wir erleben heute – als willensschwache Beobachter der Katastrophe des Klimawandels – die Konsequenzen eines pflichtvergessenen und gierigen Verhaltens.

Wir beobachteten die Verschmutzung von Trinkwasser und Meeren, die Überfischung der Meere, das Verschwinden der Artenvielfalt, die Versandung der Böden, die verheerenden Waldbrände überall und viele andere Erscheinungen dieser bislang größten Umweltkrise, erklärte Bartholomäus, der manchmal als der „Grüne Patriarch“ bezeichnet wird, weil er sich oft und entschieden zu ökologischen Fragen äußert.

In seiner Botschaft wies der Patriarch darauf hin, dass auch die Geschäftswelt wie die religiösen und politischen Leitungspersonlichkeiten darauf zu achten hätten, welche Folgen menschliches Handeln für die Schöp-

fung habe. Die entwickelten Staaten hätten eine besondere Verpflichtung, denjenigen Ländern beizustehen, die täglich gegen den Hunger kämpfen und von Bürgerkriegen gezeichnet seien.

Welthungerkrise: Ursache ist Habgier – Kirchen müssen reagieren

Angesichts der Tatsache, dass 850 Millionen Menschen Hunger leiden und neunzig Prozent von ihnen in Entwicklungsländern leben, „müssen die Kirchen umgehend auf den Hungerskandal reagieren“, erklärte der Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK), Pfarrer Dr. Samuel Kobia.

Da die „Ernährungssicherheit eine der größten Herausforderungen für die Menschheit“ ist, schrieb Kobia anlässlich der Welt-ernährungskonferenz in Rom, rufe der OeRK „zutiefst besorgt und schockiert über diese unerträgliche Situation“ die Kirchen auf, „Programme auszuarbeiten und umzusetzen, die gegen den Hunger und seine strukturellen Ursachen vorgehen“. Die Kirchen sind unter anderem „aufgerufen, sich gegen die Herstellung von Biokraftstoffen zu wenden, die auf Kosten von Nahrungsmittelproduktion und Umwelt geht“.

AUS DEM INHALT

- Lutherischer Weltbund: Klimawandel ist Herausforderung von nie da gewesener Größenordnung**
- Orthodoxe:
„Grüner Patriarch“ warnt vor Gier**
- Christliche Konferenz Asiens: Mehr für den Schutz von „Mutter Erde“**
- Weltkirchenrat: Kirchen sollen zu ökologischer Schuld sprechen**
- Schweden: Interreligiöser Klimagipfel im November 2008**
- Flüchtlinge: Mehr Hilfe nötig**
- Orthodoxe Frauen: Mitarbeit in der Kirche verbessert, aber Anliegen bleiben**
- China: Respekt für akademische Freiheit in der Theologie gefordert**
- Philippinen: Regierung soll sich für Menschenrechtslage verantworten**
- Rumänien: Gründung von Priestergewerkschaft infrage gestellt**
- Indien: Christliche Universität will Diakonie stärken**
- Papua New Guinea:
Erfolgreiche Friedensstifter-Teams**
- Aus Netzen und Bewegungen**
- Berlin: Fußballspiel Pfarrer-Imame**
- Mittelrhein und Rhein-Mosel-Saar:
Die tödliche Logik unseres Wirtschaftens**
- Nord- und Osthessen:
Neue Impulse in der Friedenspolitik**
- Dekade zur Überwindung von Gewalt: Aktion Friedentexte**
- „Lebendige Briefe“:
Anfragen wegen Waffenexporten**
- Solidarische Ökonomie:
Akademie auf Zeit gegründet**

Der OeRK-Erklärung zufolge ist die „primäre Ursache in unangemessenem menschlichen Handeln“ zu suchen, „das den Klimawandel ausgelöst und zu explodierenden Nahrungsmittelpreisen geführt hat“. Da die für Armut, Hunger und Klimawandel verantwortlichen Verhaltensweisen auf Habgier beruhen, erklärte Kobia, „muss die Menschheit aufgefordert werden, ihre Habgier zu überwinden“.

Dazu sei die Infragestellung des „vorherrschenden Entwicklungsparadigmas“ nötig, das den Markt zum Hauptmechanismus „für die Herstellung und Verteilung von Nahrungsmitteln“ erklärt, der in Wirklichkeit „habgierigen Unternehmen die Anreize liefert, um mit Rohstoffen (einschließlich Nahrungsmitteln) und Ölpreisen zu spekulieren“.

Kobia kündigte an, der Weltkirchenrat werde sich auf der nächsten Tagung seines Exekutivausschusses im September 2008 mit der Nahrungsmittelkrise befassen. Er erklärte, dass die Kirchen „sich gemeinsam der Welternährungskrise stellen müssten“, wenn sie der „grundlegenden Rolle“, die ihnen in diesem Zusammenhang zukomme, effektiv gerecht werden wollen.

Lutheraner: Lebensmittelsicherheit fördern

Tief besorgt hat sich auch der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) auf seiner Tagung im nordtansanischen Arusha über die jüngsten weltweiten hohen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel geäußert. Die Auswirkungen der Preissteigerungen betreffen die ärmsten und schwächsten Gemeinschaften und Menschen, Entwicklungsbestrebungen sowie die politische Stabilität in den am meisten betroffenen Ländern, so der Lutherische Weltbund auf seiner Ratstagung in Tansania Ende Juni.

Die gegenwärtige Nahrungskrise sei keine kurzfristige Anomalie, so die Ratsmitglieder. Die Ursachen lägen in einer jahrelangen und tief verwurzelten politischen Praxis sowie struktureller Ungerechtigkeit, beispielsweise bei Zugang und Nutzung von Land, landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und -hilfen, Nutzung landwirtschaftlich produktiver Flächen für Biospritproduktion, internationaler Handel und Spekulationen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Urbanisierung und wachsender Bedarf durch einen gehobenen Lebensstandard. Durch diese Entwicklung werde der Klimawandel noch verstärkt.

Die Aufgabe der Grundnahrungsmittelversorgung und Herstellung von Ernährungssicherheit könne nicht der Gnade des Marktes überlassen werden. Der Weltbund betonte, dass Förderung und Schutz des Rechtes auf Nahrung eine grundlegende Verantwortung der Regierungen darstellten.

Besorgt äußerte sich das Gremium auch über die ethische sowie die Verteilungsdimension von genmanipuliertem Saatgut und Organismen im Kontext der gegenwärtigen

Ernährungskrise. Ernsthaftige Zweifel wurden zum Ausdruck gebracht, ob solche umstrittenen Technologien tragfähige Lösungen des Problems bieten könnten. Der Rat forderte seinen Generalsekretär Noko auf, sicherzustellen, „dass das LWB-Portfolio von Entwicklungsprojekten und -programmen einen Schwerpunkt auf die Förderung der Ernährungshoheit bei Grundnahrungsmitteln legt“.

Lutherischer Weltbund: Klimawandel ist Herausforderung von nie da gewesener Größenordnung

Die lutherischen Kirchen sind weltweit dazu aufgerufen, sich im Bereich Klimawandel verstärkt theologisch und ethisch mit den Folgen des menschlichen Eingreifens in die Natur auseinanderzusetzen. Menschen sollten eher als „Mitgeschöpfe“ mit moralischer Urteilskraft denn als „Mitschöpfer“, die Vorrechte einfordern können, betrachtet werden, so der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) Ende Juni auf seiner Tagung in Tansania. Er regte weiter dazu an, von indigenen Bräuchen und traditioneller Weisheit zu lernen, um als Teil der Schöpfung ein nachhaltiges Leben zu führen.

Die Ratsmitglieder riefen dazu auf, „den Mitgliedskirchen die dramatische Dringlichkeit und noch nie da gewesene Größenordnung der Herausforderung des Klimawandels und die Bedrohung, die er für die gesamte Menschheit und alle Geschöpfe der Erde darstellt, vor Augen (zu) führen.“

Die lutherischen Kirchen wurden aufgefordert, „über das Klagen hinaus“ sofortige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere bei der Reduzierung der Emissionen, die durch ihre institutionellen Aktivitäten und Tätigkeiten, dabei auch Reisen, produziert würden, und nachhaltigere Lebensstile und Verhaltensweisen zu fördern.

Der LWB-Generalsekretär und die Mitgliedskirchen wurden ersucht, gemeinsam mit dem Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) und anderen ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Partnern gezielt Lobbyarbeit zu leisten. Ziel dieser Initiativen sei, eine eindeutige politische Verpflichtungen zu erreichen, um die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Das Leitungsgremium des Lutherischen Weltbundes sprach sich weiterhin im Blick auf Stromerzeugung für einen schnellen Übergang von Brennstoffen zu nicht-nuklearen erneuerbaren Energien sowie für die Einführung einer „CO₂-Steuer“ aus.

Generalsekretär und Mitgliedskirchen wurden aufgerufen, sich verstärkt mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Entwicklung und Armut in den schwächsten Gemeinschaften auseinanderzusetzen. Weiterhin sollen wirksame nationale und internationale Maßnahmen für eine Abschwächung

des Klimawandels gefördert werden. Im Blick auf eine möglicher Reduktion von CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit LWB-Aktivitäten wurde der Generalsekretär gebeten, bis spätestens Anfang 2009 mithilfe angemessener LWB-Projekte ein Kompensationssystem für die durch Flugreisen seiner Mitarbeitenden verursachten CO₂-Emissionen zu schaffen und alle Mitgliedskirchen einzuladen, dieses Kompensationssystem für ihre Flüge zu verwenden.

Christliche Konferenz Asiens: Mehr für den Schutz von „Mutter Erde“

Die Christliche Konferenz Asiens (CCA) mit Sitz in Chiang Mai im Norden Thailands hat zu mehr Schutz vor zunehmender Landzerstörung durch den Klimawandel aufgefordert. „Das Wachsen der Wüstengebiete ist nicht nur die weltweit größte Umweltherausforderung, sondern auch ein großes Hindernis bei der Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse“, hieß es in einer Erklärung. Nach Angaben der UNO leben zwei Drittel der armen Bevölkerung der Welt in Trockengebieten, die Hälfte davon bewirtschaftet Ackerland, das vom Wüstenwuchs bedroht ist.

In einer Botschaft zum Welttag wies der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon darauf hin, dass die Ausdehnung der Wüstengebiete auch große ökonomische Verluste mit sich brächte und zu zahlreichen Störungen lokaler und regionaler Märkte führte mit erheblichen sozialen und politischen Problemen in der Folge.

In der Erklärung der CCA, in der 14 nationale Kirchenräte und über 100 Kirchen aus dem ganzen asiatischen Raum zusammengeschlossen sind, heißt es, das Wachsen der Wüsten und die Trockenheit seien Zeichen dafür, dass die Schöpfung Gottes, unsere Erde, kein grenzenloses Warenhaus an Ressourcen ist.

Weltkirchenrat: Kirchen sollen zu ökologischer Schuld sprechen

Der Klimawandel muss gestoppt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Erklärung des Oekumenischen Rates der Kirchen von Bedeutung, die bisher im Zentralkomitee noch keine Mehrheit gefunden hat und deshalb vom OeRK an die Mitgliedskirchen „zur Reflexion“ überwiesen wurde. Sie enthält u. a. folgende Passagen:

„Vorgeschlagene Erklärung zu ökologischer Gerechtigkeit und ökologischer Schuld

Auszug aus dem Schlussbericht des Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten (Zentralkomitee, 13.-20. Februar 2008)

1. *Die Erde, unsere Heimat, steht vor nie dagewesenen, massiven und miteinander verbundenen ökologischen und sozio-ökonomischen*

schen Bedrohungen. Gott hat den Menschen als Teil seiner Schöpfung geschaffen. Wir wurden aus Erde (adamah) gemacht und sind Teil allen Lebens. Während Gott uns durch die Gabe der gesamten Schöpfung erhält, sind wir gleichzeitig dazu berufen, Haushalter der Schöpfung zu sein. Die Übernutzung der Ressourcen der Erde ist zerstörerisch und schafft eine Schuld gegenüber anderem Leben und zukünftigen Generationen. [...]

4. *Die ökologische Schuld, ein Konzept, das immer mehr anerkannt und untersucht wird, bezieht sich auf die Schuld, die die Industrieländer gegenüber den Ländern des Südens tragen, im Zusammenhang mit der früheren und gegenwärtigen Plünderung der Ressourcen, der Umweltzerstörung und der unverhältnismäßigen Nutzung von Umweltraum zum Ausstoß von Treibhausgasen und zur Entsorgung von Giftmüll. Die Definition des Begriffes ökologische Schuld hat sich weiter ausgedehnt und umfasst heute auch soziale Aspekte wie die Zerstörung indigener Gemeinschaften und den Verlust von Kulturerbe und Werten. [...]*
7. *Der Klimawandel, die Verschmutzung der Erdatmosphäre und der Gewässersysteme, die Abholzung der Wälder, die Ausbreitung der Wüste, die Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten und unzählige andere dringende Umweltprobleme haben unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf verarmte Länder, kleine Inselstaaten, auf die Menschen im Süden, insbesondere auf Frauen, Bauern, Fischer, indigene Völker (die eng mit der Natur verbunden leben), Menschen mit Behinderungen und auf die zukünftigen Generationen. Wer erkennen an, dass diese Länder und diese Menschen die Gläubiger einer riesigen ökologischen Schuld sind und dass sich diese Auswirkungen sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch grenzüberschreitend zeigen.*
8. *Das Konzept der ökologischen Schuld gründet sich auf die transformative Gerechtigkeit und auf eine absolute Priorität für diejenigen, die sozial und wirtschaftlich gesehen am Rande unserer Gesellschaften stehen. Es dient dazu, die Schulden der Länder im Süden in Höhe von 1,3 Billionen US-\$ auszugleichen, und hebt hervor, dass die Industrieländer im Norden die größten ökologischen Schuldner sind, während die Menschen im Süden die größten ökologischen Gläubiger sind.“ [...]*

Der gesamte Text findet sich im Internet unter www.ecunet.de

Schweden: Interreligiöser Klima-Gipfel im November 2008

„Wir Mitglieder der Glaubensgemeinschaften sind überzeugt, dass ein Umdenken

nötig ist, um der Herausforderung des Klimawandels angemessen zu begegnen.“ Mit diesen Worten beginnt das Schriftstück „Bis hierher und nicht weiter: In Eile handeln, sofort handeln!“, das am 14. Dezember 2007 vom Oekumenischen Rat der Kirchen auf der 13. Internationalen UN-Konferenz zum Klimawandel vom 3. bis 14. Dezember in Bali überreicht wurde. „Dieses Umdenken geschieht nicht von allein“, heißt es weiter in dem Dokument. „Es muss durch bestimmte Katalysatoren beschleunigt werden, und das könnten unter anderen die verschiedenen Konfessionen in der Welt sein.“

Die christlichen Kirchen fordern dringend konkrete Lösungen auf der Basis von Gleichheit, Vorsorge und historischer Verantwortung im Hinblick auf die Zeit nach 2012, wenn die ersten Ziele des 1997 unterzeichneten Protokolls von Kyoto erreicht sein sollen.

Die lutherische Kirche Schwedens vertreten durch Erzbischof Wejryd, hat im Vorfeld der vom 1. bis 12. Dezember 2008 in Poznan/Posen (Polen) stattfindenden nächsten UN-Tagung zum Klimawandel zu einem interreligiösen Gipfeltreffen am 28./29. November 2008 in Uppsala (Schweden) eingeladen. Dazu werden ca. 40 Vertreter aller Glaubensgemeinschaften der Erde anreisen, mit dem Ziel, ein gemeinsames Manifest zu verfassen, das dann in Polen vorgelegt werden soll. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, der Schriftsteller Peter Matthiessen und Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus, die lutherische Bischöfin Sofie Petersen aus Grönland, Rabbi Awraham Soetendorp, Führer der Jüdischen Reformgemeinde in Den Haag und der Anglikanische Bischof von London, Richard Chartres haben bereits ihre Unterstützung und Teilnahme zugesagt.

Weitere Informationen (in englischer Sprache) im Internet unter <http://www.svenskakyrkan.se/Webbplats/System/Filer/1E1ABC34-0EC6-4989-8D7F-B8A7279CBABF.pdf>

Flüchtlinge: Mehr Hilfe nötig

Der Vorsitzende der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz, Rev. Mvume Dandala, hat darauf hingewiesen, dass es allein in Afrika etwa zwölf Millionen Flüchtlinge gebe, auch wenn sich die Situation in einigen Ländern deutlich verbessert habe. Er rief dazu auf, die Anstrengungen zu verdoppeln, den Flüchtlingen zu helfen.

Im Sudan, im Kongo und in Liberia begännen die Menschen in ihre Heimatorte zurückzukehren, es bleibe aber noch viel zu tun, so Dandala. Die Kirchen könnten viel dazu beitragen, den Menschen Hoffnung für ihre Familien und ihre Gemeinschaften zu vermitteln. Dandala, selbst ein Methodist aus Südafrika erklärte, die Flüchtlinge bräuchten Hilfe und Schutz und auch das Gebet. António Guterres, der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen,

wies darauf hin, dass sich die weltweite Flüchtlingsarbeit heute sehr viel dramatischer darstelle, als bei der Gründung seines Amtes 1951, als es darum gegangen sei, den in Europa durch den Zweiten Weltkrieg entwurzelten Menschen beizustehen. „Alte Begrenzungen für Bewegung von Menschen gibt es nicht mehr und neue Möglichkeiten der Mobilität sind entstanden, dazu gehören auch Formen der gewaltsamen Vertreibung, die bei der Verabschiedung der Weltflüchtlingskonvention 1951 niemand voraussah“, erklärte Guterres in Nairobi. „Wir müssen besser verstehen lernen, was der Auslöser für Vertreibung ist, warum Staaten nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihren BürgerInnen physische, materielle oder rechtliche Sicherheit zu gewährleisten.“ In Dadaab im Norden Kenias hatte Guterres zuvor eines der weltweit größten Flüchtlingslager besucht, in dem jetzt Hunderttausende von Somalis leben, die vor der Gewalt in ihrer Heimat geflohen sind. Für die UNO ist die Situation dieses Lagers eine der größten humanitären Herausforderungen. Nur Frieden könne die dramatische Situation dieser Menschen zum Besseren wenden, erklärte der ehemalige portugiesische Ministerpräsident Guterres.

Europa: Migration – ein Arbeitsfeld für Kirchen

Kirchen und Religionsgemeinschaften können eine wichtige Rolle dabei spielen, dass die Migration von Menschen in Europa gelinge, aber die Regierungen bleiben aufgefordert, die Religionsfreiheit zu gewährleisten, so die Quintessenz eines Berichtes über die Antwort der europäischen Kirchen auf die Migration, der unter dem Titel „Kartographie der Migration und die Antworten der Kirchen“, im Juni 2008 in Genf vorgestellt wurde.

Der Bericht, der im Auftrag des Weltkirchenrates erstellt wurde durch die in Brüssel ansässige „Kirchliche Kommission für Migration in Europa“ (CCME) und das Nova-Forschungszentrum in Gloucester (England), betont die Bedeutung, die den Religionsgemeinschaften zukomme; diese könnten eine wichtige Rolle bei der Überbrückung der Differenzen zwischen verschiedenen Kulturen und Gemeinschaften spielen. Zugleich weist das Papier auf die Gefahren hin, die sich ergeben können, wenn die kirchlichen Gemeinschaften sich dieser Aufgabe verweigerten: Negative Erfahrungen von Entfremdung, Frustration und Marginalisierung könnten die Folge sein. Voraussetzung sei allerdings, dass die nationalen Regierungen durch entsprechende Gesetzgebung im Bereich Migration, Asyl und Religionsfreiheit diese Arbeit ermöglichen.

Von den 24 Millionen MigrantInnen, die Ende 2003 in der EU lebten, waren 48,5% Angehörige christlicher Gemeinschaften, 30,9% Muslime und 20,5% gehörten ande-

ren Gemeinschaften an, 37% kamen aus nicht-europäischen, 63% aus europäischen Ländern. Dies stehe, so die Generalsekretärin der CCME, Doris Peschke, in eklatantem Widerspruch zu der oft gehörten Behauptung, alle MigrantInnen seien Muslime.

Der Bericht fordert die Kirchen auf, die Entwicklungen der Religionsfreiheit zu beobachten und Freiheit und Freizügigkeit nicht nur für ihre eigenen Gemeinschaften einzufordern.

Der Bericht: „Mapping Migration, Mapping Churches' Responses“, von Darrell Jackson und Alessia Passarelli, ist bei der CCME, 174 rue Joseph II, B-1000 Brüssel (Belgien), erhältlich. info@ccme.be
www.oikoumene.org/fileadmin/files/wcc-main/2008pdfs/mapping_migration_europe2008.pdf

Orthodoxe Frauen: Mitarbeit in der Kirche verbessert, aber Anliegen bleiben

In den vergangenen zehn Jahren haben die orthodoxen Frauen einige Meilensteine im Blick auf ihre Mitarbeit in der Kirche setzen können, darunter die Mitwirkung von Frauen in einer Reihe von kirchlichen Diensten und Entscheidungsprozessen. Dennoch sind viele ihrer Anliegen immer noch nicht aufgegriffen worden. Diese Bilanz zogen die Teilnehmerinnen einer internationalen Zusammenkunft orthodoxer Frauen.

Noch nicht wirklich aufgegriffen wurden der Zugang zum theologischen Studium, seine Finanzierung und anschließende Anstellungschancen in der Kirche, die Ausbildung von Frauen für die Seelsorge und andere kirchliche Dienste, ihre Mitwirkung in kirchlichen Entscheidungsprozessen, die frauengerechte Formulierung von Gebeten und liturgischen Elementen.

Die Zusammenkunft fand in der Akademie für theologische Studien in Volos statt und wurde vom Programm des Oekumenischen Rates der Kirchen für Frauen in Kirche und Gesellschaft organisiert.

USA: Presbyterianer für Ordination offen homosexuell lebender Geistlicher

Die Generalversammlung der presbyterianischen Kirche (USA) hat einer geplanten Änderung der Kirchenverfassung zugestimmt, die die Ordination von offen homosexuell lebenden Geistlichen zulassen würden.

Eine Mehrheit der 2,2 Millionen Mitglieder zählenden Kirche muss der Änderung allerdings noch in den örtlichen Bezirken zustimmen. Hier wird noch heftiger Widerstand zu erwarten sein. Ein ähnlicher Vorstoß in der Änderung der Ordinationsbestimmungen in den Jahren 1997 und 2001 schlug fehl.

Anglikaner: Gegner der Homosexuellengleichstellung bestrafen Kirchenoberhaupt

Eine Gruppe von etwa 300 anglikanischen Bischöfen aus Afrika, Australien und Südamerika riefen auf einem Treffen in Jerusalem zur Bildung einer neuen anglikanischen Vereinigung auf. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung innerhalb der 77 Millionen Anglikanern umfassenden Kirchengemeinschaft, als die Episkopalkirche in den USA den offenen homosexuell lebenden Gene Robinson als Bischof im US-Bundesstaat New Hampshire einsetzte.

Das Jerusalemer Treffen kündigte jetzt die Bildung eines Rates anglikanischer nationaler Kirchenführer an. Ihm würden Kirchenführer aus Kenia, Ruanda, Uganda, Nigeria, Westafrika und einigen Regionen Südamerikas angehören. Die Organisatoren vermochten dabei bereits ausreichend Mittel für ihre Konferenz mit etwa tausend Teilnehmern einzuwerben.

Die neue Vereinigung wolle sich nicht von der weltweiten anglikanischen Kirchenfamilie lossagen. Aber sie werde Canterbury nur noch als historischen Sitz der anglikanischen Kirchenleitung betrachten und nicht mehr länger davon ausgehen, dass anglikanische Identität notwendigerweise auf der Anerkennung des Erzbischofs von Canterbury als Oberhaupt der Anglikaner beruhe.

In einer Presseerklärung machten die Initiatoren der Jerusalemer Konferenz deutlich, dass für sie die Mehrzahl der Anglikaner nicht mehr willens sei, eine postkoloniale Gegebenheit anzuerkennen. Sie würden den Erzbischof von Canterbury nicht mehr als Oberhaupt der weltweiten anglikanischen Kirche betrachten.

Ihre „Jerusalemer Erklärung“ formuliert vierzehn Grundsätze der beanspruchten anglikanischen Rechtgläubigkeit. Außer zu den Anstoß gebenden Fragen zur menschlichen Sexualität sieht die Jerusalemer Schlussklärung einen weiteren Graben in der anglikanischen Kirchengemeinschaft aufgerissen durch die Predigt eines „falschen Evangeliums“ durch „gewisse Kirchen“ innerhalb der anglikanischen Gemeinschaft. Dieses falsche Evangelium bestehe darin, dass Jesus Christus nur als ein Weg unter anderen zur Erlösung betrachtet werde und nicht als „der Weg, die Wahrheit und das Leben“.

Der nigerianische Erzbischof Peter Akinola drückte die Hoffnung aus, dass weitere anglikanische Kirchenführer sich dem neuen Kirchenrat anschließen würden. Die neue Struktur solle aber nicht eine „Kirche innerhalb der Kirche“ werden.

Bischof Wallace Benn aus England sagte, weitere Herausforderungen für die anglikanische Kirchengemeinschaft betreffen auch die Anerkennung der leiblichen Auferstehung Jesu.

Der Erzbischof von Canterbury sprach der neuen Gruppierung eine Legitimation ab.

Afrika: Kirchenkonferenz berät Missbrauch ausländischer Hilfen

Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen und der Zivilgesellschaft haben sich in der kenianischen Hauptstadt Nairobi getroffen, um über Wege und Möglichkeiten zu beraten, wie Regierungen mehr für den Umgang mit Hilfsgeldern verantwortlich gemacht werden können. Gerade in Afrika seien die ausländischen Hilfen entscheidend für die wirtschaftliche Befreiung des Landes, würden aber auch oft missbraucht. „Es ist Zeit, dass Kirchen und Zivilgesellschaft den Kampf gegen diesen Missbrauch aufnehmen“, erklärte der anglikanische Bischof Pie Ntukamazina aus Bujumbura, der Hauptstadt von Burundi. „Wir versagen bei der Aufgabe, den Umgang mit den Hilfsgeldern, die so wichtig für den Kontinent sind, zu kontrollieren.“ Oft würde die Kontrolle der Mittelverwendung aufgrund äußerer oder innerer Druckes so durchgeführt, dass sie nicht das Wohl der einfachen Menschen im Blick hat. „Wir müssen uns fragen, wer der Wächter über die Hilfen sein soll, wenn unsere Regierungen so schlecht arbeiten, es so wenig Berechenbarkeit und Verlässlichkeit gibt, Korruption und Bürokratie große Probleme darstellen.“

Die Konferenz war auf Einladung der „Churches Together for Development (ACT-D)“, der „All Africa Conference of Churches“ und des Römisch-katholischen Symposiums der Bischofskonferenz von Afrika und Madagaskar vom 21.-24. Mai 2008 zusammen gekommen. Ziel war unter anderem die Beratung aktueller Entwicklungen mit Blick auf die 2005 beschlossene Pariser Deklaration, mit deren Hilfe die Geldgeber und -empfänger mehr Selbstverpflichtungen erreichen wollen. „Demokratische Ownership (Verfügungsrecht) ist eine der großen Fragen“, so der norwegische Vertreter von Church Aid, Gwen Berge, der ACT-D in Nairobi vertrat. „Ich möchte eine demokratische Ownership sehen, in der klar geregelt ist, wer die Agenda bestimmt und wem durch was wie geholfen werden soll.“

China: Respekt für akademische Freiheit in der Theologie gefordert

Der Vorsitzende des Lutherischen Theologischen Seminars in Hong Kong, Rev. Lam Tak Ho, hat dazu aufgerufen, die akademische Freiheit zu achten, wenn in der Volksrepublik China die theologische Erziehung ausgebaut werden soll. Ohne akademische Freiheit könne es auch keinen Ausbau der Forschung in der Theologie geben, so Lam Tak Ho.

Er reagierte damit auf entsprechende Überlegungen, wie sie von Rev. Xu Xiaojun

Hong, dem Generalsekretär der Patriotischen-Drei-Selbst-Bewegung, einer Dachorganisation von Protestanten in China, entstanden nach der Gründung der Volksrepublik durch die Kommunistische Partei 1949, gemacht worden waren. Xu war nach Hong Kong eingeladen worden, um das Lutherische Seminar und das lutherisch initiierte Christliche Zentrum Tao Fung Shan zu besuchen.

Philippinen: Regierung soll sich für Menschenrechtslage verantworten

Philippinische Menschenrechtsaktivisten haben den UN-Menschenrechtsrat erneut aufgefordert, „weiter auf unsere Regierung einzuwirken, um die außergerichtlichen Hinrichtungen und andere Menschenrechtsverletzungen zu stoppen“. Die Internationale Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte, das Asiatische Rechtshilfezentrum, der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) und Vertreter philippinischer Nichtregierungsorganisationen stellten sich in einer mündlichen Intervention vor dem UN-Gremium hinter die von Philip Alston, dem Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrates für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, vorgelegten Ermittlungsergebnisse. Sie unterstützten Alstons Erkenntnisse in vollem Umfang, erklärten die Menschenrechtler.

Alston kommt in seinem Bericht zu dem Schluss, dass staatliche Sicherheitskräfte in vielen Fällen in die Ermordung von linken Aktivisten, Anführern der Urbevölkerung, Gewerkschafts- und Bauernführern sowie Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen verwickelt sind und dass das Militär diese Ermordungen beharrlich leugnet.

Die Menschenrechtsaktivisten dokumentieren allein in diesem Jahr dreizehn außergerichtliche Hinrichtungen und zwei Fälle von erzwungenem Verschwinden. Zahlreiche weitere Menschen seien entführt, Tausende von Dorfbewohnern in Mindanao, Samar, Quezon und Negros durch militärische Übergriffe vertrieben worden. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation Karapatan hat seit 2001 mehr als 800 Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen verzeichnet.

Das Problem ist nach Ansicht der Menschenrechtler nur zu lösen, „wenn die bisher verfolgte Politik gegen Aufständische eingestellt und die anderen Empfehlungen des Sonderberichterstatters ernsthaft umgesetzt werden“.

Der OeRK unterstützt seit langem die Menschenrechtsarbeit der Kirchen auf den Philippinen und hat dieses Engagement während des Philippinenbesuchs des OeRK-Generalsekretärs im vergangenen November bekräftigt. Bereits auf früheren Tagungen des UN-Menschenrechtsrates hat der OeRK philippinischen Menschenrechtsaktivisten geholfen, sich vor dem Gremium Gehör zu verschaffen.

Rumänien: Gründung von Priestergewerkschaft infrage gestellt

Die Rumänisch-Orthodoxe Kirche, der nach offiziellen Angaben 87% der Bevölkerung angehört, hat die kürzlich erfolgte Gründung einer Gewerkschaft unter ihren Geistlichen infrage gestellt und darauf verwiesen, dass Priester den kirchlichen Ordnungen zu folgen hätten anstatt öffentliche Forderungen zu stellen und auf Missstände hin zuweisen.

Zweifellos hätten einige ihrer Priester, besonders solche mit Familie, Probleme, mit ihren Einkünften auszukommen, erklärte der Sprecher des Bukarester Patriarchates, Constantin Stoica, es gebe aber auch für solche Fälle Möglichkeiten einer innerkirchlichen Lösung.

Am 20. Mai hatten Geistliche in Iasi im Nordosten des Landes, am 22. Mai eine weitere Gruppe in Craiova bei den staatlichen Stellen die Registrierung als Gewerkschaft beantragt. Nach Ansicht eines der Vizepräsidenten, Pfr. Nicolae State, geht es dabei sowohl um die Erhöhung der Gehälter der Pfarrer als auch um das Recht, in den Pfarreien Entscheidungen zu treffen, die nicht von der Bistumsebene bestätigt werden müssten. „Es ist eine Kluft entstanden zwischen der kirchlichen Hierarchie und den Priestern“, so State, „wir werden unter Druck gesetzt und haben bereits einige unserer Mitglieder verloren. Aus Kreisen des Patriarchates hieß es, die Gewerkschaftsgründung sei durch einen Geist der Rebellion und der Spaltung geprägt und verletze die kirchliche Zucht und Gemeinschaft. „Ein Priester ist kein Angestellter einer Geschäftsfirma, sondern von seinem Bischof eingesetzt mit der Verantwortung für die Heilige Mission, beauftragt, die Gemeinde zu retten und ihr zu dienen. Ein Priester kann nicht streiken, aufhören, Kinder zu taufen, Trauungen durchzuführen, Beichte zu hören, die Toten zu begraben oder das Heilige Sakrament zu verwalten, nur weil sein Gehalt zu gering ist.“ Das seit 1999 geltende Recht in Rumänien regelt, dass der Staat einen Teil der Gehälter der Priester zahlt, den Rest hat die Kirchengemeinde aufzubringen. Das Gesetz wird derzeit im Parlament beraten und ggf. geändert. Die Kirche hofft, im Zuge der parlamentarischen Beratungen höher Gehälter zu erreichen, insbesondere für arme Gemeinden in Transsylvanien und im nördlichen Moldawien.

Indien: Christliche Universität will Diakonie stärken

Indiens erste christliche Universität hat sich ein ambitioniertes Ziel gesteckt, um in den Bereichen Gesundheitsvorsorge und sozialer Dienste eine Lücke im Land zu schließen. „Auch wenn wir (Kirchen) Pioniere auf dem Feld der Erziehung waren und viele hundert

Schulen und Ausbildungsstätten betreiben, konnten wir die wichtigsten Ausbildungsmodule, die wir brauchen, nicht anbieten“, so K. M. Shyamaprasad, Kanzler der neu gegründeten Martin Luther Christian University in Shillong, der Hauptstadt des nordindischen Staates Meghalaya. Getragen wird die Universität durch die Khasi Jaintia Presbyterian Assembly in Schillong. Sie wird betrieben entsprechend den staatlichen Vorgaben für Universitäten. „In vielerlei Hinsicht ist die Universität einzigartig“, erklärte Shyamaprasad, der auch Direktor der Nationalen Lutherischen Kommission für Gesundheit und Medizinische Hilfe der Lutherischen Kirchen Indiens ist. Auch wenn Christen nur etwa 2,3% der Bevölkerung ausmachen – und nur in drei der sieben kleinen Staaten die Mehrheit stellen – betreiben sie landesweit mehr als 15% der Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Nepal: Mord schürt Angst unter Christen

Der indische Salesianerpater John Prakash aus Kerala, Leiter einer katholischen Schule in Sirsiya im Distrikt von Morang, wurde am 1. Juli in Nepal durch einen Sprengsatz getötet. In der Nacht waren mehrere Bewaffnete in die Wohnung des 62jährigen Ordenspriesters im ostnepalesischen Sirsiya eingedrungen. Kurz darauf sei eine Detonation erfolgt. Die Polizei vermutet die Terroristengruppe „Terai Defence Army“ hinter der Tat; es seien am Tatort deren Flugblätter gefunden worden.

Pater Prakash arbeitete seit zehn Jahren in Nepal. Außer ihm wirken heute drei weitere Salesianer in Sirsiya. Laut Angaben von Bischof Anthony Sharma, habe es immer wieder einmal in dem mehrheitlich hinduistisches Land Drohungen gegen Priester und Vertreter der Kirche gegeben, Extremisten wollten Christen wie Moslems aus dem Land vertreiben. Der Mord an Pater Prakash war die erste Bluttat an einem Geistlichen in der Geschichte der katholischen Kirche in Nepal. In dem Himalaya-Staat mit seinen 23 Millionen EinwohnerInnen rechnen sich 80% dem Hinduismus zu und etwa 250 000 dem Christentum, rund ein Prozent seiner Gesamtbevölkerung.

Papua New Guinea: Erfolgreiche Friedensstifter-Teams

Nicht alle Kriege und Konflikte erreichen weltweite Medienaufmerksamkeit, noch sind alle Friedensschlüsse Ergebnisse der Diplomatie der vereinten Nationen. Dazu gehört mit Sicherheit der Friedensschluss, der jetzt in den Urwäldern von Papua New Guinea unterzeichnet wurde.

Nach Jahrzehnten ethnischer und stammesmäßiger Gewalt im südlichen Hochland von New Guinea haben 32 Stämme damit

begonnen, eine Reihe von vorläufigen Friedensschlüssen zu unterzeichnen, im Vorlauf zu einer großen Zeremonie am 16. September, dem Tag, an dem das Land 1975 seine Unabhängigkeit von Australien errungen hatte. Anfang Juni hatten bereits zwölf der 32 Stämme die Vereinbarungen unterzeichnet. Sie sind das Ergebnis von acht Jahren Arbeit der Australierin Joy Balazo, die junge Menschen dazu angestiftet hat, Frieden zwischen den verschiedenen Gemeinschaften zu schließen. Über viele Jahre hatten Stammeskonflikte die Region zerstört, Tod und Rache und Zerstörung von Eigentum über das Land gebracht. Nach Angaben von Balazo, hatte der Kreislauf der Gewalt dazu geführt, dass seit Jahren niemand mehr in Frieden gelebt hatte. Erst als sich junge Menschen auch mit Hilfe kirchlicher Unterstützung und Friedenstrainings aufmachten, konnte dieser Kreislauf unterbrochen werden. Die Gewalt hatte aus der Region eine der ärmsten der Welt werden lassen, Hilfsorganisationen konnten nicht mehr arbeiten, westliche Besucher schwebten in Lebensgefahr. Seit 2003 hatte sich Joy Balazo, Mitglied der Uniting Church of Australia aufgemacht und damit begonnen, kleine lokale Teams von Friedensstiftern auszubilden. Langsam haben diese den Weg in ihre Gemeinschaften gefunden und führten so an Weihnachten 2007 zu einer Versammlung der Stammesoberhäupter, bei der ein Friedensprozess vereinbart und die Niederlegung der Waffen vereinbart wurde.

Innerhalb der Dekade zur Überwindung von Gewalt bildet in diesem Jahr der pazifische Raum die Schwerpunktregion.

Syrien: Christen und Muslime sollen sich gegenseitig als Menschen wahrnehmen

„Den Islam kann man nicht wie Grammatik lernen“, betonte Patriarch Ignatius IV. (Hazim) vom Griechisch-Orthodoxen Patriarchat in Syrien gegenüber einer Delegation unter Leitung des Generalsekretärs des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK), Pfarrer Dr. Samuel Kobia, die Syrien einen Besuch abstattete, um sich über die langjährigen Erfahrungen des Landes im friedlichen Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen zu informieren. Bei allen Begegnungen der OeRK-Delegation mit christlichen und muslimischen Verantwortlichen sowie dem syrischen Präsidenten Dr. Bashar al-Assad lautete die Botschaft immer wieder: Ein besseres Verständnis zwischen den Religionen kann nur dann erreicht werden, wenn Christen und Muslime sich gegenseitig als Menschen und nicht nur als Vertreter von Glaubensgemeinschaften wahrnehmen.

Das Los der irakischen Flüchtlinge und die Flucht vieler Christen aus dem Nahen Osten in westliche Länder gehörten zu den anderen zentralen Themen des Besuchs. Syrien mit

einer Bevölkerung von 20 Millionen Menschen hat 1,5 Millionen irakische Flüchtlinge aufgenommen und damit mehr als jedes andere Land getan, um diejenigen, die vor der Gewalt in seinem östlichen Nachbarland geflohen sind, Zuflucht zu gewähren. Syrien praktiziert seit vielen Jahren eine Politik der offenen Grenzen für Flüchtlinge. Das Land hat einer halben Million Palästinensern eine neue Heimat gegeben und während des Krieges 2006 rund 200 000 Libanesen aufgenommen.

„Wir wollen nicht, dass im Irak keine Christen mehr leben, aber wenn sie in Gefahr sind, wie könnten wir ihnen dann sagen, dass sie dort bleiben sollen?“, fragte Patriarch Mar Ignatius Zakka I. vom Syrisch-Orthodoxen Patriarchat, der selbst im Irak geboren ist. Samer Laham, Direktor für ökumenische Beziehungen im Griechisch-Orthodoxen Patriarchat, erklärte: „Die Flüchtlinge können nicht zurückkehren, weil sie ermordet würden, und sie können nicht in Syrien bleiben, weil sie hier nur sehr schwer Arbeit finden und wegen der steigenden Lebenshaltungskosten schnell kein Geld mehr haben.“

Muslimische Einrichtungen und Kirchen in Syrien arbeiten in ihrem Engagement für die Flüchtlinge zusammen. „Wir haben irakischen Christen, die Asyl in westlichen Ländern suchen wollten, gesagt: Bitte geht nicht! Hier seid ihr Teil unserer Familie, dort werdet ihr nichts als Nummern sein“, erzählte der Großmufti der Republik Syrien, Dr. Ahmad Badr Al-Din Hassoun, der OeRK-Delegation.

„Frieden im Heiligen Land ist der Schlüssel zu den meisten Problemen dieser Region“, betonte der melkitische griechisch-katholische Patriarch Gregorios III. „Jede Krise löst eine neue Migrationswelle aus, von Muslimen, aber vor allem von Christen.“

Einsatz für Gerechtigkeit: Neue Formen von Spiritualität nötig

„Die Spiritualität des Widerstands, der Befreiung und der Veränderung“, so lautete der Titel einer interreligiösen Versammlung auf Kuba, zu der der Reformierte Weltbund (WARC), der Council for World Mission (Missionarische Gemeinschaft presbyterianischer und kongregationalistischer Kirchen, CWM) und der Weltkirchenrat (OeRK) Theologen, Geistliche, Erzieher und Aktivistinnen aus der ganzen Welt eingeladen hatte. Der große Bereich der Bewegungen für Gerechtigkeit rund um die ganze Welt fordert heute die Kirchen heraus, neue Formen der Spiritualität zu entwickeln, die ihnen helfen, ihren Kampf gegen die Macht und Gewalt fortzusetzen, so die Kernaussage der Versammlung.

„Wir bekräftigen, dass das Problem der Macht, verbunden mit dem Kampf der Bewegungen für Gerechtigkeit, nicht allein ein politisches Problem ist, sondern auch eine spirituelle Herausforderung. Macht er-

zeugt eine ihr eigene zerstörerische Spiritualität, wie es in der religiösen Rechten geschieht. Sie ist ständig in der Versuchung, die Macht der Religion für imperiale Ziele zu vereinnahmen. Neue Spiritualitäten fordern solche Spiritualitäten der Macht heraus und sollten in diesem Widerstand unterstützt werden, heißt es in dem im Mai in Genf veröffentlichten Communiqué zur Konferenz.

Die Teilnehmenden aus den drei ökumenischen Organisationen verstanden ihre Zusammenkunft auch als eine positive Antwort auf die Initiative der Oikotree-Bewegung, eines ökumenischen Projektes, das eine Spiritualität vertritt, die Gerechtigkeit in das Zentrum des Glaubens rückt. Zugleich rief die Versammlung dazu auf, anzuerkennen, welche entscheidende Rolle die indigenen Völker – mit ihrer der Erde zugewandten Spiritualität – in der Frage der ökologischen Gerechtigkeit spielen, weil sie den Zusammenhang von Geist, Leib, Land und Gemeinschaft betonen. Im Blick auf den so genannten „Krieg gegen den Terror“ besteht die Gefahr einer Islamophobie, die alle Spielarten des Rassismus verschärft. Es gelte darum, eine neue gemeinsame Spiritualität auch mit den Muslimen zu entwickeln und gemeinsam für Gerechtigkeit zu arbeiten.

Niederlande: Koran zum halben Preis für Polizisten

Polizisten in Amsterdam bekommen den halben Einkaufspreis erstattet, wenn sie einen Koran kaufen, um ihr Wissen über den Islam zu vertiefen. Eine neue Übersetzung ins Niederländische ist gerade erschienen. Auch wurde den Ordenshütern empfohlen, die Biographie des Propheten Mohammed zu lesen, wie die Nachrichtenagentur „Apic“ schreibt. Die Integration von Minoritäten sei in den Niederlanden ein dringendes Programm, speziell seitdem der Filmemacher Theo van Gogh 2004 von einem radikalen Muslim ermordet wurde. – Übersetzungen des Korans und eine Mohammed-Biographie durch den Iraner Kader Abdolah, genannt „Die Botschaft“, wurden im April veröffentlicht und sorgten für breites Interesse in den Niederlanden.

Das Angebot einer kostenlosen Bibel, das die Reformierte Bibelstiftung gemacht hatte, hat die Polizei abgelehnt. Nach Angaben aus Polizeikreisen gehe dieses Bibelangebot an der Sache vorbei. Die Polizei in Amsterdam wolle keine Auseinandersetzung Bibel gegen Koran, sondern versuche, ihren Beamten mehr Kenntnisse nahezubringen über einen Bereich ihrer täglichen Arbeit und Lebenswirklichkeit. In Amsterdam machen die Muslime etwa 12% der Stadtbevölkerung aus, mehr als doppelt so viele wie im Landesdurchschnitt.

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Fußballspiel Pfarrer – Imame

In Berlin stieß auch die achte „Nacht der Offenen Kirchen“ an Pfingsten auf reges Interesse, sowohl was die Anzahl der beteiligten Kirchen und Gemeinden anbelangte als auch die große Zahl von interessierten Besuchern.

Ein Höhepunkt war wie in den vergangenen Jahren das internationale Chorkonzert im Berliner Dom. Ihm ging eine Eröffnungsandacht mit ranghohen Berliner Geistlichen verschiedener Konfessionen sowie mit Information, Fürbitte und Kollekte für die verfolgten Christen im Irak voran.

Ein ebenfalls von breitem Medieninteresse begleitetes Ereignis war Ende Mai das dritte Fußballspiel Pfarrer-Imame, bei dem in diesem Jahr die ehemalige Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John den Wanderpokal an die deutlich überlegene Mannschaft der Imame überreichen konnte.

Das zweite Oekumenische Stadtkirchenfest fand in Berlin am 4. Juli 2009 statt.

Das 70-jährige Gedenken der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 wird in einer ökumenischen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Geistlichen, SchülerInnen und der jüdischen Gemeinde zu Berlin vorbereitet. Der Gedenkweg startet am Roten Rathaus um 14.00 Uhr und wird über die Stationen Berliner Dom und Hedwigskathedrale zum Centrum Judaicum in der Oranienstrasse führen. Vorbereitungs-materialien sind in Kooperation mit Aktion Sühnezeichen in Arbeit.

Bereits vorher findet am Weltfriedenstag, dem **21. September**, der jährliche ökumenische Dekadegottesdienst in der Kapelle der Versöhnung auf dem ehemaligen Mauerstreifen statt.

Die Predigt hält der ehemalige Generalsekretär des OeRK, Pfarrer und Prof. Dr. Konrad Raiser. Er wird darin auch an das 60-jährige Bestehen des OeRK erinnern.

Am Vortag, dem 20. September, findet eine Veranstaltung zur Problematik der internationalen Rüstungsexporte im Mennonitischen Friedenszentrum Berlin statt.

Bereits Anfang Juli kam im Rahmen des ökumenischen Teamvisits eine Gruppe zur Auswertung der ostdeutschen Aktivitäten im Rahmen der Oekumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt nach Berlin.

Auch die regionalen und stadtteilbezogenen Aktivitäten im Bereich Berlin-Brandenburg entwickeln sich in erfreulicher Weise weiter und sind mit einer Reihe von Veranstaltungen in der Öffentlichkeit vor Ort präsent.

Ein besonderes Ereignis für die deutsch-polnische Oekumene war Mitte Juni die Einweihung des Oekumenischen Europa Centrums in Frankfurt-Oder mit einer großen Anzahl von Geistlichen aus evangelischen, katholischen und orthodoxen Kirchen.

Für die Arbeit im Oekumenisch-Missionarischen Institut Berlin ist die Rückkehr von Steve Smith in die USA nach fünfjähriger Mitarbeit ein schmerzhafter Einschnitt.

Und auch von dem sehr engagierten Vorsitzenden der Ratsleitung, dem Herrnhuter Bischof Theodor Clemens, heißt es aufgrund seiner Versetzung nach Bad Boll, in diesem Sommer Abschied nehmen.

Bis zu Neuwahlen im kommenden Jahr tritt sein bisheriger Stellvertreter, der altkatholische Dekan Johannes Urbisch, an seine Stelle.

Pfarrerin Dr. Gerdi Nützel
 evang. Referentin im Oekumenischen Rat
 Berlin-Brandenburg (OeRBB)
 Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin
 Tel.: 0 30 / 3 4210 00

► **Mittelrhein und Rhein-Mosel-Saar**

Die tödliche Logik unseres Wirtschaftens

Klimakatastrophe, ein stetig neue Rekorde brechender Ölpreis, Hungerrevolten in vielen armen Ländern und Grundnahrungsmittel als Spekulationsobjekt – das Jahr 2008 war bereits voller alarmierender Nachrichten.

Die Reaktionen der Politik wirken immer atemloser. Mit allen Mitteln soll das asymmetrische System unseres Wirtschaftens aufrecht erhalten werden.

So bemüht sich z.B. die EU, über den Ausbau von Agrotreibstoffen Klimaprobleme und Ölknappheiten in den Griff zu bekommen – mit unabsehbaren Folgen für Welt-ernährung und Regenwald. Ursachen und Zusammenhänge der vielen ökologischen und sozialen Krisenherde werden aber in der Regel ausgeblendet.

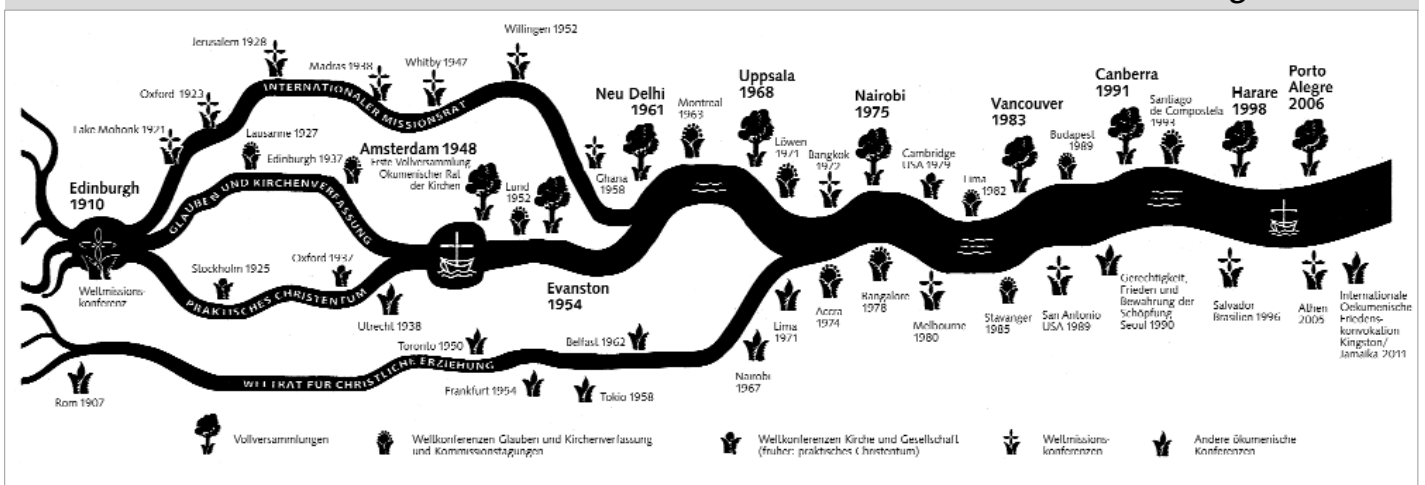
An dieser Stelle setzt unsere Tagung an, zu der wir herzlich einladen: Wo sind die ökologischen Grenzen unseres Wirtschafts- und Lebensmodells? Welcher Logik folgt unser Wirtschaftssystem mit welchen Folgen für Mensch und Natur? In welchen regionalen Handlungsfeldern lässt sich Widerspruch formulieren? Wo gibt es neues Denken und widerständiges Handeln?

Eine Netztagung „Alle Energie für das System“ befasst sich damit am **12./13. September 2008** in der Marktkirche Neuwied. Geplant sind u.a. folgende Vorträge: „Das wird heiß! Die Klimadebatte und die Grenzen der Vernunft“ mit Winfried Rust vom Informationszentrum Dritte Welt Freiburg, sowie „Das Verschwinden des Menschen. Eine theologische Reflexion“ mit Herbert Böttcher vom Oekumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar, Koblenz.

Dazu wird eingeladen zu Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen mit VertreterInnen der Koordination gegen Bayer-Gefahren, Regenwald-Initiative, Klima-Allianz, West-Papua-Partnerschaft und dem

60 Jahre Oekumenischer Rat der Kirchen 1948 – 2008

„Gemeinsam Veränderung bewirken“



Betriebsrat eines Autokonzerns. Die Veranstaltung der Oekumenische Netze Mittelrhein und Rhein-Mosel-Saar findet statt in Kooperation mit GMÖ, Institut Südwind, Oikocredit, Kairos Europa, Solidarische Kirche im Rheinland.

Kontakt: Dr. Sabine Ferenschild

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Pfarrer Werner Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied

Tel.: 0 26 31/35 41 40

info@oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

► Nord- und Osthessen

Neue Impulse in der Friedenspolitik

Das Oekumenische Netz ruft alle Gemeinden in Nord- und Osthessen auf, deren Kirchen und Konfessionen in der Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen zusammenarbeiten, sich im kommenden Herbst bewusst und verstärkt der Friedens-thematik zuzuwenden.

Angesichts der schleichenden Ausbreitung des militärischen Denkens in der Tagespolitik der Bundesregierung und des Bundestages wie auch in der gesamten Europäischen Union, ist es wichtig, die friedenspolitischen Erwartungen der Menschen zur Sprache zu bringen.

Für diese notwendige Debatte in unseren Gemeinden bereitet das Oekumenische Netz ein Materialheft und Veranstaltungsangebote vor, die Anfang August abrufbar sind unter www.oenid.de, der web-Adresse des Verbundes aller ökumenischen Netze und Basisgruppen in Deutschland.

Am 5. Juni hat die Jahresversammlung des Fördervereins Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen in Kassel stattgefunden. Der langjährige verdienstvolle Reiner Weiß, ehem. Pfarrer in Rotenburg, nun seit einigen Jahren im Ruhestand, gab die Führung des Oekumenischen Netzes in jüngere Hände. Der neue Vorstand besteht aus Michael Held (Bad Hersfeld), Gertrud Goeb (Fulda) und Dieter Lomb (Kassel).

Kontakt:

Michael Held, Sprecher des Oekumenischen Netzes

Nord- und Osthessen

Simon-Haune-Str. 15, 36251 Bad Hersfeld

► Westfalen

„Rosenstrasse 76“ – Wanderausstellung zu häuslicher Gewalt

Die Dekadeausstellung zum Thema „häusliche Gewalt“ wanderte bereits von Soest über Unna nach Rheine und ist ab dem 17. Au-

gust für vier Wochen in Gelsenkirchen zu sehen.

Wie bereits an den vorherigen Ausstellungsorten hat ein Aktionsbündnis von kirchlichen, schulischen, städtischen und weiteren Beratungsorganisationen ein umfangreiches Begleitprogramm mit informativen, künstlerischen Beiträgen organisiert.

Vom 13. September bis zum 4. Oktober steht die Ausstellung dann in Hagen. Von dort wandert sie dann für die Zeit 12.–31. Oktober in den ostwestfälischen Raum nach Espelkamp. Der Abschluss ist dann vom 11. Januar bis zum 6. Februar 2009 in Dortmund.

Informationen und Betreuung:

Dr. Horst Hoffmann, Amt für MÖWe, Olpe 35

44135 Dortmund, Tel.: 02 31/54 09 71

„Gerechte Gemeinschaft von Männern und Frauen“ Neue Gottesdienstmaterialien

„Öffne Deine Augen, öffne Deine Ohren, öffne Deinen Mund – häusliche Gewalt wahrnehmen und überwinden“ so lautet der Titel der diesjährigen Arbeitshilfe für den Gottesdienst am 14. Sonntag nach Trinitatis, der seit dem Beschluss der Landessynode als Sonntag mit dem Thema „Gerechte Gemeinschaft von Männern und Frauen“ gefeiert wird.

In diesem Jahr greift das Gottesdienstmaterial einen Bibeltext auf, der nur selten gepredigt wird. Die Geschichte der Vergewaltigung der Tamar und vom Schweigen der Familie.

Eine Vorbereitungsgruppe aus dem Kirchenkreis Halle, die schon lange als Dekade-Arbeitsgruppe zusammenarbeitet, hat dieses Material erstellt. Sie untersucht das Thema häusliche Gewalt von unterschiedlichen Blickwinkeln: sexuelle Gewalt, Gewalt in der Pflege und Gewalt, die Kinder erleiden müssen.

In dem umfangreichen Material sind Hintergrundinformationen zum biblischen Text enthalten, aber auch viele spannende Beobachtungen, wie dieser Text in der Beratungsarbeit im Kirchenkreis Halle wirkt. Im letzten Teil findet sich ein vollständiger Gottesdienstentwurf, eine Predigt zur Geschichte der Tamar sowie weiteres liturgisches Material.

Das Materialheft kann beim Amt für MÖWe der EKvW Olpe 35, 44135 Dortmund, Tel.: 02 31/54 09 70

in kleinen Mengen kostenlos bestellt werden.

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)



„Lebendige Briefe“ – Oekumenisches Besuchsteam fragt Verteidigungsministerium nach Waffenexporten

Fragen des deutschen Waffenexports und ob Kriege wie der im Irak überhaupt Probleme lösen können, sprachen Mitglieder einer Delegation des Weltkirchenrats (OeRK) beim Besuch im deutschen Bundesverteidigungsministerium in Berlin an.

Gesprächspartner war der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt (CSU). Deutschland ist eines der ersten Länder, in das der OeRK „lebendige Briefe“ schickt, um im Rahmen der „Oekumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ Erfahrungen über Gewaltlosigkeit auszutauschen. Dazu gehörte auch das Gespräch im Berliner Ministerium.

„Muss Deutschland Champion der EU im Waffenexport sein?“, fragte Erzbischof Bernard Ntahoturi von der anglikanischen Kirchenprovinz in Burundi und verwies auf die immer größer werdenden Waffenexporte in der Welt.

Er erinnerte an den Völkermord in seiner Heimatregion, an kriegerische Auseinandersetzungen im Sudan, in Zimbabwe, Somalia, im Kongo. Diese Bürgerkriege würden mit Waffen geführt, die nicht aus Afrika stammen. Schon ein Bruchteil der dafür aufgewendeten Summen könne helfen, in Afrika Krankheiten wie Malaria oder große Armut vieler Bevölkerungsteile zu bekämpfen.

Staatssekretär Schmidt erklärte die hohe Summe des Waffenexports mit teuren in Deutschland hergestellten Waffen wie U-Booten, Schiffen und Flugzeugen. Der allergrößte Teil exportierter Waffen gehe an Verbündete im Nordatlantikkpakt. Das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz untersage ausdrücklich, Waffen in Krisengebiete zu liefern. Das gelte selbst für die Weitervergabe. „In unseren Verträgen steht eine Endverbrauchs-klausel.“ Deutschland habe zudem dem internationalen Verbot der Streubomben zugestimmt.

Konrad Raiser, früherer OeRK-Generalsekretär, verwies darauf, dass in Afrika gerade Kleinwaffen das Problem seien. Diese Waffen von der Pistole bis zur Kalaschnikow würden in großen Mengen in afrikanische Länder geschmuggelt und seien für den Tod

Hunderttausender Menschen verantwortlich. Der Berliner Staatssekretär sieht dieses Problem auch und sprach sich für erheblich mehr Kontrolle aus.

Georges Lemopoulos, stellvertretender OeRK-Generalsekretär, erinnerte an den Irakkrieg und fragte, ob die Lage der Menschen dort nicht insgesamt schlechter geworden sei.

Als Mitglied des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, Türkei, verwies er auf dramatische Zustände in Flüchtlingslagern Syriens. Offenkundig sei die Verdrängung von Christen aus Nahoststaaten, nicht nur aus Irak, eine Folge dieses Krieges. Schmidt erwiderte, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wolle Irakflüchtlinge in Deutschland aufnehmen; natürlich sei das nicht die Lösung des Problems.

Für Deutschland sei nicht Irak das Hauptproblem im Nahen Osten sondern Iran, so Schmidt. Wenn Irans Präsident Ahmadineschad Israel von der Landkarte verschwinden lassen wolle, könne Deutschland nicht schweigen. „Israels Existenzrecht ist deutsche Staatsräson.“ Ebenso gehöre aber zur Staatsräson, mögliche Gegner zu Verhandlungen zu bewegen und zu vermitteln zu suchen.

Thomas Yonker („Jünger Christi“), aus den USA, jüngstes Mitglied der OeRK-Delegation, bedauert, dass von seinem Land Krieg ausgehe und hofft, dass das sich bald ändern werde.

Mitorganisator des Besuchs der „Lebendigen Briefe“ war die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK).

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Ludolfstr. 2-4, 60487 Frankfurt
Tel.: 069/24702711, www.oekumene-ack.de

► Ökumenische Friedensdekade

„Frieden riskieren“

Das Motto der Ökumenischen Friedensdekade vom **9.-19. November 2008** lautet „Frieden riskieren“. Es ist verbunden mit zwei biblischen Textstellen, Johannes 14, Vers 27 und 2. Könige 6, Verse 8-23.

Mit dem Motto möchte die Ökumenische Friedensdekade den vielfältig gebrauchten „Sicherheitsbegriff“ kritisch hinterfragen und das Engagement für Frieden und Gerechtigkeit mit Mut und Zivilcourage, aber auch mit dem Vertrauen aus dem Glauben verbinden.

Materialien können bestellt werden bei Knotenpunkt
Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück, Tel.: 06762/22 61
Fax: 06762/2995, knotenpunkt@t-online.de
www.friedensdekade.de

► Dekade zur Überwindung von Gewalt

Aktion Friedentexte

In unseren Gottesdiensten kommt das Wort „Friede“ oft vor. Aber in den eigenen vier Wänden gibt es viel Friedlosigkeit. Im Fernsehen ist Gewalt das tägliche Brot. Und wenn wir ans Berufsleben, an die Wirtschaft oder die Politik denken, dann heißt es oft: „Macht geht vor Recht“. „Kriege sind unvermeidlich!“

Also: *wie kommt der Friede zu uns nach Hause? In die Firma? In die Behörde? Wie kommt er in die Politik? Ins Fernsehen? In die Schule?*

Der Friede Gottes ist kein frommer Traum. Gewalt lässt sich überwinden. Das ist während der Dekade zur Überwindung von Gewalt an vielen Stellen erprobt und bewiesen worden.

Der Ökumenische Rat der Kirchen will im Mai 2011 in Kingston/Jamaika eine Friedenskonvokation abhalten. Dort soll auch eine Ökumenische Erklärung zum Gerechten Frieden verabschiedet werden.

Was gehört in eine Friedenserklärung, die den Christen von heute eine klare Richtung gibt?

Dazu ist Ihre Meinung gefragt. Darum hier unsere Bitte:

Nutzen Sie die Friedensdekade 2008 und das Winterhalbjahr 2008/2009, um Ihren eigenen Friedentext zu verfassen.

Hier ist unsere Leitfrage:

- ▷ Was müsste nach Ihrer Meinung in einer Friedenserklärung der Kirchen stehen?
- ▷ Welche praktischen Schritte schlagen Sie vor?

Das sind Fragen, die richtig Arbeit machen. Ein „eben mal so“ hingeworfener Text oder eine Ansammlung von Stichworten reicht nicht aus. Da muss sich schon ein Kreis von

Leuten regelmäßig treffen. Vielleicht ein Bibelkreis. Ein Jugendclub. Eine Gruppe von Pfarrern oder Vikaren. Oder ...

Hier ein paar Leitfragen:

- ▷ Was heißt „Frieden schaffen“ für uns?
- ▷ Welche Überzeugungen und Handlungsschritte sollen für uns verbindlich werden?
- ▷ Im Umgang miteinander, privat, beruflich, sozial und politisch, ökologisch und wirtschaftlich?

Das Ergebnis sollte auf einer Gemeindeversammlung vorgestellt werden. Denkbar wäre auch, es einer benachbarten katholischen Gemeinde oder einem interreligiösen Arbeitskreis vorzustellen.

Schicken Sie Ihren Text an die deutsche Anlaufstelle der Friedenskonvokation (friedentexte@web.de). Von dort geht er weiter auf die Webseite des OeRK und in die Arbeitsgruppen, die Ihre Texte auswerten und den Beitrag der deutschen Kirchen zur ökumenischen Friedenserklärung erarbeiten. Diese Arbeit lohnt sich für jede Gemeinde.

Denn es ist wichtig, dass wir uns fragen: *Was ist uns der Friede wert? Was sind wir bereit zu „investieren“, damit der Friede unter uns Raum gewinnt?*

Kontakt: Michael Held / Geiko Müller-Fahrenholz
friedentexte@web.de

► Ökumenisches Netz in Deutschland

Wirtschaften im Dienst des Lebens und Gewalt überwinden

In diesen Jahren hat das Ökumenische Netz in Deutschland als ganzes eindeutig einen Schwerpunkt: Wirtschaft im Dienst des Lebens. Jetzt in den Abschlussjahren der Dekade wird das Thema verknüpft mit dem Auftrag der Dekade: Gewalt überwinden! Es wird höchste Zeit, dass diese beiden Problembereiche in ihrer Verwobenheit erkannt und durchleuchtet und Alternativen (theore-

Ehre sei Gott und Friede auf Erden
Internationale ökumenische Friedenskonvokation



ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN

Mai 4-11 2011

tisch und praktisch) gestartet werden. Zunächst stand die Kritik des herrschenden Wirtschaftssystems im Vordergrund. Mehr und mehr entwickeln sich aber auch Alternativen.

Hat sich der thematische Teil der letzten Jahrestagung in Bonn mit den rheinischen Netzen um ein klares Votum für die Synode der Rheinischen Landeskirche bemüht und geht Kairos Europa in diesem Jahr in die Regionen, um hier das Bewusstsein und die Erfahrungen der Regionen abzurufen und in ihrer Jahrestagung am 1. Advent in Mannheim zusammenzuführen, so hat sich inzwischen aus den OeNiD-Arbeitsgruppen „Vorbereitung der OeRK-Friedenskonvokation 2011“ und „Gemeindeökonomie“ eine „Akademie auf Zeit: Solidarische Ökonomie“ verdichtet, die im Juni ihre Starttagung hatte.

Hier werden konzentriert auf zwei Jahre Wissenschaft, Gewerkschaften, attac, Kirchliche Mitarbeiter und Praktiker zusammengetragen, was es in Deutschland an Solidarischer Theorie und Praxis gibt und diese für umfassendere Experimentierfelder erschließen.

Ein solches Praxisfeld – Lokale Agenda 21 und Konziliärer Prozess in einem kommunalen und interkirchlichen Zusammenhang werden wir mit unserer Jahrestagung 2008 besuchen. Seit fünfzehn Jahren arbeitet hier Dr. Klaus Wazlawik an der Verknüpfung und Umsetzung von Lokaler Agenda 21 und Konziliärem Prozess in Berlin-Köpenick, verankert in Politik, Verwaltung und Kirchengemeinden, konkretisiert in praktischen Projekten, in denen auch neue solidarische Arbeitsplätze entstehen, die sich am Markt werden behaupten müssen.

Wir werden einen anschaulichen Einblick erhalten in die Schwierigkeiten aber auch in die Möglichkeiten gemeindlich-kommunaler solidarischer und interkultureller Wirtschaftsansätze.

Die Jahrestagung des OeNiD vom 24.–26.10.2008 in Berlin verspricht spannend zu werden. Der thematische Teil ist für Freitag und Samstag vorgesehen. Die Regularien des OeNiD werden dann den Sonntag beanspruchen. Übernachtet wird in (kostenlosen) Privatquartieren. Das bedeutet eine gründliche Vorplanung.

Interessenten für das ausführliche Programm

können sich anmelden bei der OeNiD-Geschäftsstelle

Tel.: 0 66 21/62 01 86, A-P-S@gmx.de

Kontakt: Michael Held, Simon-Haune-Str. 15

36251 Bad Hersfeld

► Solidarische Ökonomie

Akademie auf Zeit gegründet

Die stilvoll renovierte Burg Bodenstein in Thüringen strahlt trutzigen Überlebenswillen aus. Dorthin hatte das Oekumenische

Netz in Deutschland (OeNiD) durch einen dem Konziliären Prozess verpflichteten Vorbereitungskreis zur Akademiegründung eingeladen.

Am 22./23. Juni 2008 versammelten sich 40 VertreterInnen von Universitäten, Gewerkschaften und der ökumenischen Bewegung; 30 weitere hatten ihr Interesse bekundet.

Prof. Elmar Altwater sprach über Prinzipien und Verwirklichungsbedingungen Solidarischer Ökonomie. Sven Giegold referierte über Pluralität und den Bewegungsansatz von attac. Horst Schmittthener von der IG Metall stellte die Schwierigkeiten der Gewerkschaften mit der Solidarischen Ökonomie dar, nannte aber auch Gemeinsamkeiten. Martin Gück von Kairos Europa geißelte die Verweigerungsstrategie vieler Kirchen im Norden in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie. – Es folgten jeweils sehr lebhaft und ideenreiche Aussprachen über die Einstieginputs. Es ging u.a. um die notwendige Zusammenarbeit zwischen Kirchen, Gewerkschaften und Universitäten, ein neues Arbeitsverständnis, das Ziel von Ökonomie, die Systemfrage, die Änderung politischer Rahmenbedingungen, die Erarbeitung einer realen Utopie, detaillierte Kapitalismuskritik und um unser gemeinsames Selbstverständnis als soziale Bewegung.

Tags darauf informierte Peter Schönhöffer über das „Weltnetzwerk Solidarische Ökonomie“. Er kritisierte anhand des um sich greifenden Ranking-Fiebers die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die egomanische Verhaltensweisen fördert.

Dann wurde in vier Blöcken diskutiert über

1. *Die Ziele/Werte/Normen der Solidarischen Ökonomie.*
2. *Die vorhandenen und noch zu erschließenden Ressourcen.*
3. *Die Arbeitsweise der Akademie: Tagungen, Fachgruppen ...*
4. *Die Organisation der Akademie: Finanzierung, Geschäftsführung ...*

Die ermutigende Konsequenz aus diesem Austausch war die einmütige und begeistert gefeierte Feststellung der Tatsache, dass damit die angestrebte Akademie auf Zeit „Solidarische Ökonomie“ gegründet sei. Die Gründung von Fachgruppen zu den vier Blöcken (plus AGs für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie zur „Status Confessionis“ – Problematik) war die logische Konsequenz.

Die Fachgruppen sollen Papiere für die nächste große „Solidarische Ökonomie“-Akademie-Tagung erarbeiten, die von 7.–9. November 2008 in Imshausen stattfinden wird.

WERNER GEBERT

Kontakt:

Peter Schönhoeffler, Im Rheinweg 1

55218 Ingelheim am Rhein

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Erdcharta und Ethik der Nachhaltigkeit

In der ökumenischen Bewegung in Deutschland hat das Dorf Wethen einen guten Klang. Es liegt bei Warburg zwischen Kassel und Paderborn. Dort hat sich vor 33 Jahren der Laurentiuskonvent e.V. als christliche Gemeinschaft angesiedelt. Inzwischen hat sich der Konvent auf zwei Höfe samt Gärten erweitert und zur „Oekumenischen Gemeinschaft Wethen“ mit 45 Mitgliedern entwickelt. Sie besiedelt ein Areal von 10 000 Quadratmetern, und ihre Mitglieder sind durch zahlreiche Aktivitäten in das Dorfleben integriert. Der Dienst für den Frieden steht im Mittelpunkt vielfältiger Aktionen. So haben sich auch bekannte Friedensinitiativen auf dem Gelände des Laurentiuskonvents angesiedelt: etwa das „Schalomdiakoniat“, das Menschen zu Friedensfachkräften ausbildet, oder die „Oekumenische Initiative Eine Welt“, die für eine zukunftsfähige Lebens- und Wirtschaftsweise eintritt.

Inzwischen betreibt die ökumenische Gemeinschaft Wethen in Zusammenarbeit mit den Serviam Schwestern eine Oekumenische Herberge. Der Vorsitzende dieser „Zukunftswerkstatt Oekumene“ ist Paulander Hausmann, Mitglied des Fortsetzungsausschusses vom „Plädoyer“ für eine ökumenische Zukunft.

Das „Plädoyer“ wird dort und im benachbarten Wethen seine Jahrestagung vom 10.–12. Oktober 2008 abhalten zum Thema: „Es reicht. Nachhaltig leben“. Hauptthema ist die „Erdcharta“ bzw. eine Ethik der Nachhaltigkeit. Dafür liefern Wethen und Germete reichlich Anschauungsmaterial. Die Tagungskosten werden bei 55,- EUR liegen.

Informationsfaltblatt:

ab Mitte August bei „Plädoyer“-Geschäftsführung

Pfr. i. R. Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98

Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online

► Versöhnungsbund



„Die Vision Europa weiterdenken“

Für eine Europäische Friedensagentur will der Internationale Versöhnungsbund eintreten. Der französische und der deutsche Zweig des Versöhnungsbundes laden ein zum Thema „Europäische Union – Gestern ein Projekt der Versöhnung – und heute?“.

Beteiligt an der Tagung vom **03.–05. Oktober 2008** in Straßburg ist auch „Church and Peace“. Frédéric Rognon referiert über „Europäische Union – Von der Vision zur Realität – Was wurde erreicht, was bleibt als Herausforderung?“ Ullrich Hahn zu „Die Vision Europa weiterdenken“. Ein Fokus soll die Unterstützung des Vorschlags zur Errichtung einer Europäischen Friedensagentur sein.

Eine Anmeldung ist möglich bis **10. September 2008** bei MIR France, 68, rue de Babylone, F-75007 Paris
Tel: 0033 147 53 84 05, mirfr@club-internet.fr
Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund –
Deutscher Zweig, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 05 71/85 08 75, Fax: 8 29 23 87
vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

Internationale Schutz-Pflicht

Spätestens seit dem Völkermord in Ruanda 1994 wird um die Frage gerungen: Was kann die internationale Gemeinschaft tun, wenn eine korrupte oder achtlose politische Führung dem Wohl des eigenen Volkes schadet? Soll die UN einschreiten, wenn in einem Land Völkermord oder erhebliche Menschenrechtsverletzungen geschehen? Die Debatte führte 2001 zum Konzept der responsibility to protect („Schutzpflicht“ oder „Schutzverantwortung“).

Die Christlichen Kirchen haben sich im Rahmen des Oekumenischen Rates mit dem Thema befasst und eine Erklärung verabschiedet, die gewaltfreier Konfliktlösung und Prävention Vorrang gibt.

Allerdings wird bei deren Scheitern die Rechtfertigung militärischer Intervention nicht ausgeschlossen.

Der Versöhnungsbund geht der Frage nach, wie sich hier die historischen Friedenskirchen positionieren. Dabei geht er vom biblischen Auftrag zu Schutz und Verantwortung für die Mitmenschen aus. Auf einer Tagung vom **21.–23. 11. 2008** in Karlsruhe-Thomashof untersucht er zusammen mit dem Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee (DMFK), welche Möglichkeiten gewaltfreien Handelns an der Seite bedrohter Menschen bereits erprobt wurden.

Referenten sind Ilse Mühlsteph (mit dem Christian Peacemaker Team in einem gewaltfreien Einsatz in Hebron/Palästina), Thomas Nauwerth (katholischer Theologe und Beauftragter des Versöhnungsbundes für die Dekade zur Überwindung von Gewalt), Moises Mayordomo (Dozent für Neues Testament an der Universität Bern und theologischer Mitarbeiter der Mennonitengemeinde Bern), Jakob Fehr (Friedensarbeiter beim DMFK und Ethik-Dozent an der Universität Mainz) sowie Marie-Noëlle von der Recke (Generalsekretärin von Church and Peace).

Anmeldung beim Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee (DMFK), Hauptstr. 1, 69245 Bammental
Tel.: 0 62 23/51 40, Fax: 4 77 91, fehr@dmfk.de
www.dmfk.de

Alternative Soldatenseelsorge

Der Versöhnungsbund hat Schritte zu einer unabhängigen Soldatenseelsorge ergriffen. Hintergrund ist seine Analyse, dass die evangelische Militärseelsorge sich „in kritischer Solidarität“ zur Bundeswehr versteht. Damit werde Verbundenheit wie Distanz ausgedrückt. Die Distanz zur Bundeswehr sei jedoch verloren gegangen. In der Begründung für die Notwendigkeit einer alternativen Soldatenseelsorge durch ordinierte Geistliche heißt es: „Bereits mit dem Kosovo-Jugoslawienkrieg 1999 hat die Bundeswehr völkerrechtswidrig gehandelt. Die Militärseelsorge hat es unterlassen, die Soldaten dazu aufzurufen, ihrem Eid gemäß zu handeln und den Befehlen zum Einsatz nicht Folge zu leisten. Sie hat nicht dagegen Einspruch erhoben, dass sich deutsche Soldaten seit November 2001 an dem amerikanischen Krieg „Enduring Freedom“ beteiligen.“

Im Irakkrieg 2003 hat die Bundeswehr tatkräftig die Armee der Vereinigten Staaten in ihrem Angriffskrieg unterstützt. Sie befindet sich damit im Kombattantenstatus und hat Grundgesetz und Völkerrecht gebrochen.

Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Juni 2005, Aktenzeichen: BVerwG 2 WD 12/04, zur Befehlsverweigerung von Major Pfaff, muss ein Soldat, der aus schwerwiegenden Gründen einen Befehl nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, nicht mehr den Weg in die Kriegsdienstverweigerung gehen und den gesamten Dienst quittieren – wie es Soldaten während des Kosovo-Jugoslawienkrieges noch tun mußten. Die evangelische Militärseelsorge hat bislang nicht dafür gesorgt, die Bedeutung dieses Urteils der Öffentlichkeit und den Soldaten mitzuteilen. Dem Treiben der Rechtsberater der Bundeswehr, die Bedeutung dieses Urteils in ihr Gegenteil zu verkehren [...], stellt sich die Militärseelsorge nicht in den Weg.

Durch die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland begeht die Bundesregierung und mit ihr die damit betroffenen Soldaten fortwährend Rechtsbruch. Die Militärseelsorge schweigt dazu.“

Die Militärseelsorge lasse sich vom Staat finanzieren, sie gebe vor, zwei Herren gehorchen zu können. „Sie ist damit nicht ausschließlich Christus, dem Herrn und seinem Leben, Wort und Wirken verbunden.“

Der Arbeitskreis „Friedensaufgabe und Soldatenseelsorge“ im Versöhnungsbund habe daraus die Konsequenz gezogen, eine eigene, unabhängige Soldatenseelsorge zu initiieren.

Eine Anlaufstelle ist unter Tel.: 0 48 64/100 08 95 zu erreichen.

Weitere Informationen:

Internationaler Versöhnungsbund (VB)
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: 05 71 / 85 08 75
Fax: 8 29 23 87, vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

► Kairos Europa



Zur künftigen Rolle von Kirchen und ökumenischer Basis im Konziliaren Prozess

Die „Überwindung von Gewalt gegen Menschen und Erde“ war Thema einer Regionalkonferenz von Kairos Europa zusammen mit dem Oekumenischen Netz Württemberg und dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung Mitte Juli in Stuttgart.

Den ersten Akzent setzte ein Beitrag von Prof. Dr. Konrad Raiser, dem früheren Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen, zu „Frieden ohne soziale und ökologische Gerechtigkeit kann es nicht geben“.

Absicht der Zusammenkunft war es, am Beispiel zentraler Problemlagen unserer Einen Welt vorrangige Zugänge zur übergreifenden Thematik „Frieden in Gerechtigkeit“ zu erschließen. Bei der Fortsetzung des konziliaren Prozesses sollen bei jedem der großen Themen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ jeweils die anderen Bereiche mit im Blick sein. Ein Schlusspodium widmete sich der Frage der künftigen Rolle von Kirchen und ökumenischer Basis im Konziliaren Prozess.

Martin Gück, Kairos Europa, Hegenichstr. 22
69124 Heidelberg, Tel.: 0 62 21/71 60 05, Fax: 71 60 06
guck@kairoseuropa.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen

Gerhild Kramer, Wellenser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz

Referat Konziliaren Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland

c/o Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt

Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 492 33 68
Fax.: 03 51 / 492 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45



IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland